

Bezugsgebühr:

Mitgliedschaft für Dresden bei täglich
einmaliger Bezugnahme durch unsere
Festen und Sonntags nur einmal
mit 50 Pf., durch aufwärtsreiche
Mitgliedschaft 50 Pf. bis 2 M. 60 Pf.
Bei einmaliger Bezugnahme durch die
Post 5 M. ohne Belehrung, im An-
lass mit entsprechendem Aufschlag.
Wochentags nur mit originaler
Ausstellung nur mit beschränkter
Gültigkeit. Nachträgliche Honorar-
anträge bleiben unberücksichtigt;
überlangsame Ressorten werden
nicht aufbereitet.

Teleg. Adressen:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

KODAKS für die Reise
von Mark 5,50 an
Otto L. Göring, Inh.: Oskar Bohr
neben Café König.

Anzeigen-Carif.

Abnahme von Auftrüdaungen
bis neun Uhr abends 3 Uhr Sonn- und
Feiertags nur Marienthalstr. 28 von
11 bis 14 Uhr. Die einzelnen Grüns-
zeile von 6 Silben 20 Pf., An-
hängungen auf der Grünszeile Seite
25 Pf.; die zweite Seite auf Zeile
50 Pf., als Einzelzettel Seite
60 Pf. Von Nummern und Sonn-
und Feiertagen 1 halbe Grünszeile
20 Pf., am Sonntags 40 Pf.,
2 halbe Zeile auf Textseite 40 Pf.
Eingeschlossene 10 Pf. Ausnahmige Ma-
träge nur nach Beratung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Berufssprecher: Nr. 11 und 2000.
Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 28.

Cider

moussierend, naturreiner Apfelsaft aus frischen Früchten.
Marke Flach & Co., Geestemünde.
In allen einschlägigen Geschäften zu haben.

Hauptniederlage: Moritz Canzler, Drehgasse 4/6.



Garten-Veranda-Möbel
eigener Fabrik
Rudolph Seelig & Co.
30 Pragstrasse 30.

Wettin-Gartenschläuche
sind die besten.
Gummi- und Obst-Compagnie
Reinhard Stiehler & Böttger
Telefon I. 1261. Wettinerstr. 16, nächst dem Markt.

Tuchwaren.

Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. Verkaufsstelle der vom Kgl. Finanzministerium neugewählten vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Königl. Sächs. Staats-Forstbeamte.

Fr. 187. Event: Zurückziehung der Szell-Körberischen Ausgleichsvorlage. Bau einer Kirche in Binnwald. | Nutzmaul-Witterung: Vierpreis erhöhung. Gerichtsverhandlungen. Frau Vill Braun, Lage in Russland. | Heiter, schwül. Gewitterneige. | Dienstag, 10. Juli 1906.

Im Lande der Überraschungen

hat es wieder einmal eine politische Sensation gegeben, nämlich die Zurückziehung der Szell-Körberischen Ausgleichsvorlagen mit Ungarn durch die Wiener Regierung. Es ist anzuführen, in den österreichischen Blättern die Schilderung des Eindrucks zu lesen, den das Unvermögen des Ereignisses auf das Abgeordnetenhaus machte. Es herrschte im Saale gerade eine mittagschlafähnliche Stimmung echt „l. f. Gemüthlichkeit“, als plötzlich der Ministerpräsident Baron v. Beck in der einfachsten nüchternen Form einer Interpellationsbeantwortung seine prinzipiell so bedeutsame Erklärung abgab. Suerst suchten die Hörer hinter den trockenen Tönen des ministeriellen Redeflusses gar nichts so Welterhütendes. Dann aber begann allmählich das Verständnis der politischen Tragweite des sich hier vollziehenden Aktes in den Gemütern aufzubauen, man sah die Ohren und rüttelte sich aus dem Halbschlaf auf, um zuletzt mit einer donnernden Beifallsalve die Erklärungen des Kabinettsschefs zu begleiten, die alsbald an die erste Stelle des politischen Interesses vorrückten und im Handumdrehen zur brennenden Tagesfrage geworden sind.

Zum Verständnis der einzuholenden Wichtigkeit, die der Maßnahme der österreichischen Regierung innerwohnt, sei folgendes bemerk't: Zu Neujahr 1903 waren unter, wie sich bald ersehnen ließ, sehr verkrampftem Jubel in der Wiener Presse zwischen den Ministerien Körber und Szell Vereinbarungen getroffen worden, die sich über das ganze Gebiet der österreichisch-ungarischen Wirtschaftspolitik erstreckten. Die gleich darauf einzugehenden Parlamentsstürme in Ungarn verhinderten jedoch die parlamentarische Erledigung des Ausgleichs, an dem gleichwohl die beiderseitigen Regierungen festhielten, bis es dem jüngsten ungarischen Kabinett Wekerle-Rossuth beliebte, sich über weSENTLICHE Bestimmungen des Vertrags hinwegzuziehen und sogar dessen eigentliche Grundlage, das Zoll- und Handelsblindheit mit Österreich, zu zerstören. Dabei war das Kabinett jedoch naiv genug, zu verlangen, daß die übrigen Vertragabschaffungen, soweit sie für Ungarn günstig lagen, so z. B. die Steuerfreiheit der ungarischen Staatsrente in Cisleithanien, in Geltung bleiben sollten. Schon längst waren in österreichischen Kreisen wegen der Behandlung des Ausgleichs durch die ungarische Regierung schwere Bedenken aufgetaucht, die insbesondere in dem Umstande weitere Nahrung fanden, daß man in Budapest, im Gegensatz zu dem loyalen Wiener Vertraben, es bislang noch nicht einmal für nötig erachtet hatte, die Vorlagen wenigstens formell im ungarischen Reichstage einzubringen, sondern daß man sie ganz ruhig und unbekümmer in der Aktenmappe dengilben ließ. Der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe brachte auch in dieser Hinsicht die in politischen österreichischen Kreisen herrschende Stimmung und Aussicht gegenüber Ungarn prompt zum Ausdruck, als er infolge einer den ungarischen Ansprüchen günstigen Entscheidung der Krone kurzerhand seine Enthaltung gab.

Nach dem Rücktritt Hohenlohens war der Ausblick in die politische Zukunft der Monarchie klar vorgezeichnet: es konnte sich nur um einen Entweder — oder handeln, nämlich entweder weitere verhängnisvolle Nachgiebigkeit und Unentschlossenheit gegenüber der nationalen Begehrlichkeit des Magyarentums oder aber eine entschiedene klare Abage durch die Tat. Das leichtere hat nun Baron v. Beck in richtiger Erfassung der von der Lage eingegabeften Notwendigkeiten erwählt, indem er die Ausgleichsvorlagen zurückzog mit der Begründung, daß durch den Vertrag wesentliche Bestimmungen des Vertrages seitens Ungarns Österreich keinesfalls an die Abmachungen nicht mehr gebunden sei, sondern auf der Anknüpfung neuer Verhandlungen bestehen müsse. Damit hat Baron v. Beck die in Ungarn bereits zur herrschenden Ansicht gewordene Aussicht zerstört, daß zwar der Szell-Körberische Ausgleich mit seinen für Ungarn wertvollen Zugeständnissen aufrechterhalten werden würde, zugleich aber Vereinbarungen, die früher selbst von den radikalsten Parteien Ungarns als legal anerkannte Regierungen mit den österreichischen Ministerien getroffen haben, einstellig in Budapest geändert werden dürfen, wenn sie den dort im Geltung befindlichen nationalen Strömungen nicht genügen.

Einen unmittelbaren Einfluss auf den bestehenden wirtschaftlichen Zustand hat die Zurückziehung der Ausgleichsvorlage nicht, da dieser durch kaiserliche Verordnung vom Jahre 1899 einstweilen noch auf eine Reihe von Jahren geregelt ist. Dennoch bleiben die Zollfreiheit im Güterauslaufe zwischen Österreich und Ungarn, sowie die Nebenkonsolidierung der gemeinsam mit dem Auslande abgeschlossenen Handelsverträge zunächst bestehen. Für die Zukunft dogegen ist der Schritt der Wiener Regierung von geradezu fundamentaler Bedeutung, weil dadurch für die ferneren Verhandlungen mit Ungarn zwei leitende Gesichtspunkte festgestellt werden, die den österreichischen Standpunkt gegenüber Budapest ganz klar und unweidig präzisieren und eine gründliche Wabenebung der österreichischen Interessen wirksam verbürgen. Der eine dieser Gesichtspunkte besteht darin, daß künftig sogenannte Notausgleiche auf Grund einer kaiserlichen Verordnung schlechterdings unmöglich sind. Entweder wird der österreichisch-ungarische Ausgleich der Zukunft parlamentarisch sein und das Placat beider Volksver-

treter erhalten, oder aber er wird überhaupt nicht zu handen kommen, sondern der wirtschaftlichen Trennung beider Reichshälften den Platz räumen. Zum andern ist es hinsicht gänzlich ausgeschlossen, daß ein Österreichisch-ungarischer Ausgleich je wieder mit einem Inhalte vereinbart werden könnte, der irgendwie gegen den Grundzirkus verstößt, daß eine Hand die andere wählt. Jeder österreichischen Leistung muß eine entsprechende ungarische Gegenleistung gegenüberstehen: diese sehr einfache und einleuchtende, aber von den Magyaren ancheinend völlig verfehlte Regel ist es, die durch die Zurückziehung der Ausgleichsvorlagen den regierenden Herren in Budapest und ihre zahlreichen Gefolgskräfte recht eindringlich zu Gemüte geführt wird.

Hoffentlich wird eine so deutliche Sprache in Transleithanien richtig verstanden und gewürdigt. Dann, aber auch nur dann könnte das Vorgehen der österreichischen Regierung vielleicht den Ausgangspunkt zu einem neuen Ausgleiche bilden, der, von einer beiderseitigen loyalen Verständigung getragen, den Interessen Österreichs und Ungarns gleichmäßig Rechnung trüge. Wer freilich die Herren Magyaren gründlich kennt, müßt schon ein gewaltiger Optimist sein, wenn er auf die Bewirklichung einer solchen Ausicht ernstliche Erwartungen setzen wollte. zunächst ist anzunehmen, daß es in der magyarischen Presse einen kolossalen Wirks geworden ist. Eine offizielle Erklärung aus Budapest, die, ein bisschen nach Verlegenheit reicht, liegt bereits vor. Sie besagt, Ministerpräsident Dr. Wekerle habe von mächtigender Wiener Stelle die Versicherung erhalten, daß die Tatsache der Zurückziehung der Ausgleichsvorlage keinen schädlichen Alt gegen Ungarn bedeute. Damit wird nur Selbstverständliches beweist: denn Österreich ist im ganzen Verlauf der jüngsten ungarischen Krise überhaupt niemals gegen Ungarn feindselig aufgetreten, sondern hat sich lediglich auf die Defensiv, auf die Ausübung des Notwehrrechts beschränkt. Auch gegenwärtig beobachtet die österreichische Regierung nichts weiter, als sich den Weg frei zu machen für eine die unverhinderlichen österreichischen Rechte sichernde Politik der freien Hand in allen Angelegenheiten des Ausgleichs. Wenn sie hierfür gerade den angemessenen Zeitpunkt gewählt hat, so mag dabei gerade umgedreht die Beobachtung missbilligend gewesen sein, daß von ungarischer Seite ein Alt der Feindseligkeit gegen Österreich begangen worden ist und noch fortlaufend begangen wird durch die Sicherung des handelspolitischen Konflikts mit Serbien. Das kleine Serbien, dessen Ausfuhr zu 90 Prozent mit einem Weite von rund 70 Millionen Kronen nach Österreich geht, würde es nach vernünftigem Ermessen nicht gewagt haben, mit dem großen Nachbarreiche in so dreister Weise anzubündeln, wenn ihm nicht von Budapest aus der Rücken gestrichen würde. Die jüngsten Debatten in der ungarischen Delegation und das serbisch-magyarische Verbündertreffen im Belgrad geben nach dieser Richtung nur allzu deutliche Fingerzeige.

Es ist nicht zweifelhaft, daß Baron v. Beck bei seinem Vorgehen die gesamte nationale öffentliche Meinung Österreichs, soweit sie sich noch eine Spur von ethischem schwärz-gelbem Patriotismus bewahrt, hinter sich hat; denn wer nicht auf Quall und Toll Verbindungspolitik treiben will, kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß die Bewegung gegen die Zollfreiheit auch in Österreich unter dem Eindruck des magyarischen Übermutes stetig zunimmt. Die Hauptstrophe ist und bleibt nun, daß nichts Halbes getan wird, sondern daß Baron v. Beck zu dem entschlossenen & gegebenenfalls auch ein ebenso entschlossenes Vorgehen und sich durch keine Angst von Budapest aus, durch kein so wildes Gelärme der ungarischen Presse von seiner wohlverwogenen Haltung zum Schutze der wohlgegründeten österreichischen Interessen abringen läßt.

Neueste Drahtmeldungen vom 9. Juli.

Nordlandkreise des Kaisers.

Drontheim. Bei dem gestern abend zu Ehren Seiner Majestät des Kaisers im Stiftshof zu Drontheim stattgefundenen Diner begrüßte der König von Norwegen seinen hohen Gast mit folgender Ansprache: „Es ist uns beiden als König und Königin von Norwegen eine große Freude, Eure Majestät hier willkommen zu heißen, in dem Lande, dem Eure Majestät, wie uns allen bekannt ist, ein so großes Interesse entgegenbringen, und dem Eure Majestät so viele Beweise von freundlicher Gemüthe und Sympathie gegeben haben. Es war uns allen deshalb sehr lieb, daß Eure Majestät gerade hier im Ronde die hohe Nachricht der Geburt des Sohnes des Kronprinzen empfingen, eines für Deutschland so segensreichen Ereignisses. Außerdem ich die Hoffnung ausdrücke, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Norwegen immer ein gutes bleiben möge und daß Eure Majestät immer auf Ihren Reisen hier im Ronde sich wohl befinden mögen, wo das Volk eine so große Sympathie für Eure Majestät zeigt, erhebe ich mein Glas auf das Wohl Seiner Majestät des Kaisers. Ihr Majestät der Kaiser und der Kaiserlichen Familie.“ Der Kaiser antwortete darauf mit folgenden Worten: „Geben mir Ew. Majestät, meinen tiefsinnigen Dank auszusprechen für die gnädigen Worte, die Ew. Majestät haben an mich gerichtet haben, den zu Herzen gehenden Empfang der Bevölkerung Drontheims und den heutigen schönen Tag. Wie Ew. Majestät richtig erwähnt, ist es mit einer groÙen Freude, wenn ich einige Wochen an den Küsten Norwegens verleben kann als Erfolg von schwerer Arbeit und um eine neue Kraft zu sammeln. Es ist mit einer besondre Genugtuung, Ew.

Majestät hier als König besuchen zu dürfen, in der schönen und eindrücklichen Stadt Drontheim mit ihrer großen Vergangenheit. Ew. Majestät treten ein in eine Reihe von Monarchen, die bis hoch hinauf reicht in die Geschichte, und deren Taten in der Literatur fortleben. Als ich heute mit Ew. Majestät in dem ehemaligen Baudenkmal des Domes stand, habe ich viele Gebete zum Himmel emporgebracht, daß Ew. Majestät schützen und Ew. Majestät gelingen möge, das norwegische Volk zu einer beruhigen und schönen Zukunft zu führen. All meine Wünsche für das Wohlergehen Ew. Majestät und des mir so außergewöhnlich sympathischen norwegischen Volkes lasse ich zusammen in den Himmel: Ihre Majestäten der König und die Königin und das norwegische Volk Hurra, Hurra, Hurra!“

Zur Lage in Russland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Zwischen den Kadetten und dem Zentrum ist eine Verständigung über ein neues Kabinett erfolgt. Daraus werden von Baron vorgetragenen: Schirok für Inneres; Stachowitsch für Landwirtschaft; Sudomilow oder Timirjazew für Finanzen; Grohnditschler Ahdofow für Handel; Graf Seydel für Unterricht; Kusmin Karowjew für Justiz. Die Krone lehnt soll den Ministerpräsidenten, weiter den Kriegs- und den Marineminister aus den Reihen der Kadetten und des Zentrums nominieren. Lehnt die Krone diesen Vorschlag ab, so sollen die Verhandlungen endgültig abgebrochen werden.

Warschau. In Nowostaninow und Alexandrowo im Kreise Podz besaßen am 7. und 8. Juli bewaffnete Banden die Monopolisten. Die Räuber wurden von Polen verfolgt und in beiden Orten getötet. Zwei Polen wurden verwundet.

Warschau. (Priv.-Tel.) Am der heutigen Wola-Vorstadt wurde ein Nachtmäher in der Wardostrofe von drei jungen Leuten erstickt.

London. (Priv.-Tel.) Der „Standard“ meldet aus Odessa: In dem heutigen großen Spital ist das gesamte Militärpersonal in den Sirenen getrieben. Die Wärter und Wärterinnen verliefen, heimlich aus dem Krankenhaus zu entkommen und entwendeten die Schlüssel zu den Medikamentenkästen, vernichteten chirurgische Instrumente und machten die Spitäler ungängbar. 3000 Patienten sind auf das schwerste gefährdet. Truppen wurden herbeigezogen, um die fliehenden Krankenpfleger zur Erfüllung ihrer Pflicht mit Waffengewalt zu dringen. Vor dem Spital sammelten sich Männer und Frauen an, die um das Schicksal ihrer feanken Angehörigen jammerten. Die Arzte blieben auf ihrem Posten und waren bemüht, die aufgetretene Menge zu beruhigen und zu trösten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Besinden der Frau Kronprinzessin ist das deutbar günstigste. Die Kaiserin widmet sich fortgesetzt der Pflege der jungen Mutter und des kleinen Prinzen. Heute nachmittag veranstaltete die Kaiserin in Potsdam im Bayrischen Häuschen anlässlich der Geburt ihres Enkels eine Feierlichkeit für ihre Dienerschaft. — Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, Bruder der Kaiserin, hat sich in ein Charlottenburger Sanatorium begeben, um sich einer Operation zu unterziehen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Staatssekretär des Auswärtigen v. Tschirckow und Bögenhoff erhielt das Großkreuz des österreichischen Leopold-Ordens.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach hier eingegangenen telegraphischen Nachrichten ist Oberst v. Deimling am 6. d. M. in Swatow eingetroffen und hat sich nach Windhuk auf Verhandlung mit dem Gouverneur v. Lindquist begeben. Er beobachtet bewußt über Übertrittsbücher nach Keetmanshoop zu gehen, wo er voraussichtlich Ende dieses Monats eintreffen wird.

Berlin. (Priv.-Tel.) Über die Postkonvention, die Holland mit Deutschland, England und Belgien geschlossen hat, wird mitgeteilt: Das Gewicht der gewöhnlichen Briefe wird von 15 auf 20 Gramm erhöht und das Porto von 25 auf 30 Centimes erhöht. Auch das Porto von Dordrecht und Zeeland erhält eine Erhöhung. Das Gewicht von nach Holland zu sendenden Postpässen wird von 5 auf 10 Kilogramm erhöht.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die italienische Regierung hat, wie offiziell mitgeteilt wird, von dem Inhalte des zwischen Italien, England und Frankreich verhandelten Abkommens über Abessinien hier vertraulich Kenntnis gegeben.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die 3000 Mark Brämie für Heinrichs Ergegnung ist jetzt verteilt worden. Es erhalten, wie angekündigt, der Kriminalbeamte Höök 1920 Mark, der Beamte Sattler 500, der Wächter Haas 250, der Fleischer Koslowski und der Schuhmann Sommer je 125, der Handlungsbetriebe Hübler und die Frau Winja je 25 M.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Raubmörder Dittadi wurde heute früh in einem vorher festgestellten Areal, bestreut von zwei Beamten der bayrischen Kriminalpolizei, nahe der Untersuchungskommission von einem bayrischen Untersuchungsrichter in bezug auf die Morde Graak und Schurz am Sonnabend abgeführt.

Wejle (Jütland). (Priv.-Tel.) Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich von Preußen trafen am Mittag auf der Yacht „Diana“ hier ein. Gleichzeitig kam auch der Großherzog von Oldenburg auf der Dampfschiff „Leni“ hier an. Die jütländischen Herrschaften gingen bald an Land.

Kiel. (Priv.-Tel.) Konteradmiral v. Müller wurde zum Chef des Marineabteilts ernannt, Konteradmiral Bodrig zum Viceadmiral und die Kapitäne Bohr, Heeringen und Capelle zu Konteradmiralen befördert.

Kiel. Das auf heute angekündigte Handicay Helgoland-Dorpat ist aufgegeben worden, da nur eine Rennung eingegangen ist.

Lübeck. (Priv.-Tel.) Dem Senat ist die Meldung gegangen, daß die englische Flotte bei ihrer Fahrt in der